



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

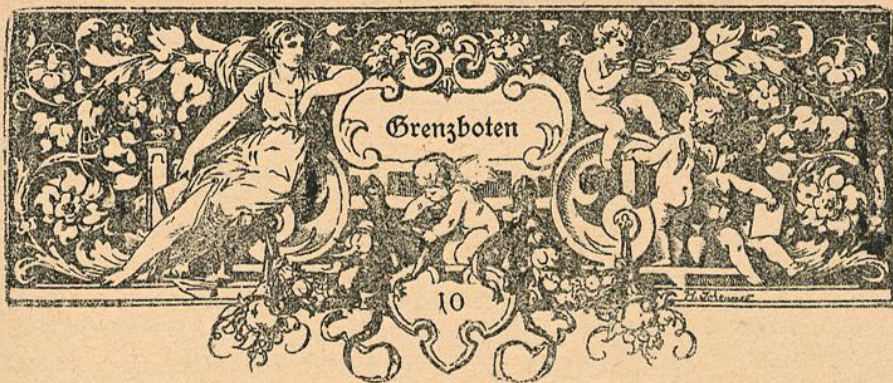
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Volz, Gustav Berthold: Die politischen Testamente Friedrichs des Großen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die politischen Testamente Friedrichs des Großen

Von Gustav Berthold Volz



Das Siegel, das die Politischen Testamente Friedrichs des Großen bisher verschloß, ist gefallen; ihre vollständige Veröffentlichung,¹⁾ der sich vornehmlich Gründe der äußeren Politik entgegenstellen, steht bevor. Zwei Testamente sind es, die, einem alten, in dem preußischen Herrscherhause seit dem Großen Kurfürsten üblichen Brauche folgend, der König verfaßte, das erste im Frühjahr und Sommer 1752, das zweite im Herbst 1768.

Ein Spiegelbild der gesamten preußischen Monarchie tritt uns in ihnen entgegen. Friedrich schildert Land und Leute, die Behörden, die innere und die äußere Politik, die Finanzverwaltung, das gesamte Wirtschaftsleben und das Heerwesen. Auch für den König gilt der Spruch, den Zar Peter der Erste, als er auf der Zaandamer Schiffsverft bei Amsterdam arbeitete, an die Wand seiner Hütte schrieb: „Dem großen Mann ist nichts zu klein“. Denn auch Friedrich vertieft sich bei seiner Darstellung bis in geringfügige Einzelheiten, die doch wiederum im Rahmen des Ganzen ihre bedeutame Stelle einnehmen. Diese gesamte Tätigkeit innerhalb des preußischen Staatsorganismus und des Wirtschaftslebens stand im Dienste der großen Aufgabe, die er sich und seinen Nachfolgern stellte.

Ein hohes Ziel war es, das dem Könige vorschwebte. Wie ein leuchtendes Band zieht sich durch seine Ausführungen die Forderung, Preußen groß und stark zu machen. Nach seinem Ausdruck handelt es sich um „die Kräftigung des Staates und das Wachstum seiner Macht“. Erst die Gesamtausgabe der Testamente und insbesondere die vollständige Veröffentlichung der bisher nur bruchstückweise bekannten Kapitel über die äußere Politik lehren, in welchem Maße dieser Gesichtspunkt seine ganze Auffassung beherrscht. Eben darin liegt auch die tiefste Bedeutung seiner Vermächtnisse, wie der folgende Überblick zeigen soll.

¹⁾ Im Verlag Reimar Hobbing (Berlin).

Der Große Kurfürst ist es gewesen, der die Grundlage zur Macht und Größe des preussischen Staates legte. So bezeugt König Friedrich nicht nur in seinen historischen Schriften, sondern auch in den Testamenten. Noch ist Preußens Macht, erklärt er, „im Entstehen begriffen“. Welches war nun die Stellung, die es nach seiner Ansicht innerhalb des europäischen Staatensystems einnahm?

Zum erstenmal äußert er sich darüber in der „Geschichte meiner Zeit“, welche die Geschichte der beiden Schlesischen Kriege umfaßt, und die er nach deren Abschluß im Jahre 1746 niederschrieb. Darin bezeichnet er als die beiden Vormächte Europas England und Frankreich; sie beide ringen dauernd um den Vorrang, Frankreich, das nach der Weltmonarchie strebt, und England, das den Welt-handel an sich zu reißen sucht. Neben ihnen kommen als Großmächte noch weitere vier Staaten in Betracht: Spanien und Holland, Osterreich und Preußen. Auch in dem Testament von 1752 charakterisiert Friedrich England und Frankreich als Vormächte, während die übrigen Staaten nur unter dem Gesichtspunkt ihrer feindlichen oder freundlichen Haltung zu Preußen betrachtet werden. Anders im Testament von 1768. Hier erscheinen die Mächte in neuer Gruppierung. Frankreich und England haben ihre führende Stellung eingebüßt: sie werden in gleichem Range mit Osterreich und Rußland als Großmächte genannt. Preußen dagegen fehlt unter der Zahl der letzteren, ebenso Holland und Spanien. Die Erklärung für diese veränderte Einschätzung liegt in der Tatsache des Siebenjährigen Krieges begründet, der für den König die große Kraftprobe der europäischen Staaten bedeutete. Wir beschränken uns auf Rußland und Preußen. Noch 1746 hatte Friedrich in Rußland nur eine „halbasiatische“ Macht erblickt. Im Testament von 1768 dagegen gesteht er ihr für Verlauf und Ausgang des letzten Krieges entscheidende Bedeutung zu; denn Rußland, so sagt er, habe die Waagschale des Sieges zugunsten der Staaten sinken lassen, auf deren Seite es trat. Damit rückte es in die Reihe der Großmächte. Und Preußen? Als Friedrich die „Geschichte meiner Zeit“ schrieb, schmückte den Eroberer Schlesiens der frische Siegeskranz. Noch 1752 sprach er sich mit aller Entschiedenheit gegen Subsidienverträge aus, da sie den Empfänger der Gelder in seiner politischen Freiheit beschränkten. Jetzt, im Siebenjährigen Kriege, hatte er sich selbst zur Annahme englischer Subsidien verstehen müssen. Auch erst, als mit dem Tode der Zarin Elisabeth Rußland aus dem Ringe der Gegner schied, hatte sich das politische Gleichgewicht der beiden Parteien wiederhergestellt, das zum Abschluß des Hubertusburger Friedens führte. Sieger war auch jetzt der König geblieben, insofern er Schlesien behauptete; aber von einer Großmachtsstellung Preußens wagte er nicht mehr zu sprechen.

War nach alledem der Sieg in zwei Kriegen, der ihm Schlesien eingetragen, und die Behauptung dieser neu erworbenen Provinz in einem dritten langen Kriege noch nicht hinreichend, um Preußens Zukunft zu sichern? Wie war es, fragen wir weiter, um die Ansprüche bestellt, die Preußen auf eine bevorzugte Stellung als Großmacht im Rate der europäischen Völker erheben konnte?

Mit rückhaltloser Offenheit steht der König in seinen Testamenten darüber Rede. In seinen Betrachtungen spielt eine entscheidende Rolle die geographische Lage der Monarchie. Unsere Provinzen, schreibt er, erstrecken sich der Breite nach über halb Europa; sie bilden, obwohl unzusammenhängend, ein Ganzes. Damit

geht er sie im einzelnen durch und beleuchtet kurz die Stellung, die sie im preußischen, wie im europäischen Staatenbilde einnehmen: Ostpreußen, von Pommern durch Polnisch-Preußen getrennt, grenzt an Polen und Rußland, dessen Zarin auch in Kurland allmächtig ist. Das Herzogtum Cleve und das jüngst erworbene Ostfriesland stoßen an Holland. Schlesien grenzt an Böhmen, Mähren und Ungarn. Kurfachsen ist der Nachbar der Kurmark und des Herzogtums Magdeburg. Das preußische Pommern ist von dem schwedischen nur durch die Peene getrennt. Und das Fürstentum Minden liegt wie eine Enklave zwischen fremden Ländern.

Welch ungeheure Nachteile mußte diese zerrissene Lage der Provinzen im Gefolge haben! Wie der König darlegt, verbot sie eine einheitliche Wirtschaftspolitik. Eine solche schien ihm nur möglich für „das Herz des Staates“, worunter er die Kurmark, Magdeburg, Halberstadt, Pommern und Schlesien versteht. Andere schwere Nachteile ergaben sich in militärischer Hinsicht. Die westlichen Provinzen sowie Ostpreußen waren im Falle eines Krieges schutzlos; denn wenn die Russen in Danzig landeten, vermochten sie die in Ostpreußen stehenden Truppen von Pommern völlig abzuschneiden. Und wie sollten die westlichen Provinzen bei einem Angriff der Franzosen wirksam geschützt werden? Notgedrungen, so erklärte Friedrich, mußten also diese östlichen und westlichen Grenzlande geräumt werden. Daher wollte er dort keine Festungen bauen, die bestehenden schleifen oder unbrauchbar machen, um dem Feinde keine Stützpunkte zu bieten, wollte auch keine Getreidemagazine zur Verproviantierung der Truppen im Kriegsfall dort anlegen. Mit einem Worte: im Kriegsfall mit Rußland oder Frankreich waren jene Provinzen verloren. „Zwei große Mängel“, wie der König sagt, zu denen sich noch ein weiterer gesellte, der noch schwerer als die bereits genannten wog, da er die Existenz der Monarchie jeden Tag aufs neue in Frage stellte.

Diese ungeheure Gefahr bestand in der Fülle mächtiger Nachbarn, die alle — so muß Friedrich bekennen — „geheime Feinde unserer Monarchie“ sind. Die gefährlichsten waren einmal Rußland, das hinter unangreifbaren Grenzen saß, und dann Österreich, das unablässig auf die Wiedereroberung des verlorenen „schönen Herzogtums“ Schlesiens sann. Freilich war zwischen diesen beiden Mächten ein bedeutender Unterschied vorhanden. Rußland wollte der König nicht unter die Zahl „unserer wirklichen Feinde“ rechnen, da zwischen ihm und Preußen keinerlei Streitfragen bestanden. Nur der Zufall habe beide Staaten verfeindet, in der Person des Großkanzlers Bestuschew, des „Minister-Kaisers“, der, von Österreich und England bestochen und die Zarin Elisabeth beherrschend, künstlich einen Vorwand für die gegenseitige Entzweiung gefunden habe. Daher, meint er, mußten mit Bestuschews Sturze die Dinge wieder in ihre natürliche Lage zurückkehren. Und in der Tat kam es so: Bestuschew wurde gestürzt, Elisabeth starb, und nunmehr, im Jahre 1764, verbündete sich Friedrich mit Katharina der Zweiten. Anders stand es mit Österreich. Der habsburgische Staat war in Friedrichs Augen der „wirkliche“, der „unversöhnliche Feind“. Alle militärischen Einrichtungen und Maßnahmen, von denen er in seinen Testamenten spricht, sind deshalb auch nach seiner ausdrücklichen Angabe auf den „Hauptfeind“ Österreich berechnet.

Aus der gefährdeten Lage, in der sich damit der preußische Staat befand, ergab sich für Friedrich die eiserne Notwendigkeit einer dauernden starken Rüstung: nur ein starkes, schlagfertiges Heer vermochte die Sicherheit der preußischen Monarchie zu gewährleisten. „Wir bestehen nur, soweit wir ein gutes Heer haben,“ schreibt denn auch der König. „Das Militär,“ sagt er an anderer Stelle, „ist die Grundlage unseres Staates.“ Ja, er bezeichnet Preußen schlechthin als „Militärstaat“.

Demgegenüber war die Frage, ob Preußen auch imstande war, eine so schwere Militärlast, wie sie ihm durch die Umstände aufgebürdet wurde, zu tragen.

Das Ergebnis, zu dem Friedrich gelangt, war in jeder Hinsicht unbefriedigend, hieß doch die Mark Brandenburg nicht umsonst „des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“. Er muß bekennen, dürr und unfruchtbar ist im allgemeinen der Ackerboden, so daß die Ernte nicht hinreicht, um die gesamte Monarchie mit Getreide zu versorgen. Dem Übel sucht er zu steuern durch seine Getreidehandelspolitik mit ihren Vorratsmagazinen und einer sorgfältigen, auf statistischer Grundlage ruhenden Regelung der Ein- und Ausfuhr. Noch liegen weite Strecken wegen des geringen Ertrages unbaut; noch sind viele Brücker trocken zu legen und urbar zu machen. Ferner muß der König feststellen, daß, obwohl ein Jahrhundert darüber ins Land gegangen, dennoch alle Spuren des Dreißigjährigen Krieges noch nicht getilgt sind. Dazu haben Hunger und Pest während der Jahre 1709/10 in Ostpreußen und Litauen gewüthet; das Land war halb verödet und hatte sein „Retablissement“ erst der väterlichen Fürsorge Friedrich Wilhelms des Ersten zu danken. Pommern bezeichnet König Friedrich noch 1752 erst als „halb angebautes Land“.

Der Armut des Bodens entsprach die Armut des ganzen Landes. „Die Macht Preußens,“ erklärt der König, „beruht nicht auf innerer Kraft, sondern allein auf seinem Gewerbesleiß.“ Dem Lande fehlen alle jene reichen Hilfsquellen, wie sie Frankreich, England und Spanien zu Gebote standen. „Wir haben kein Mexiko und kein Peru,“ fährt er fort. So besaß denn Preußen keine anderen Hilfsmittel als seine festen Einnahmen, und diese, so sagt er ausdrücklich, reichen kaum zur Erhaltung des Heeres. Mit literarischer Anspielung faßt er sein Gesamturteil dahin zusammen, sein Land gleiche dem des Königs Pharasmanes von Iberien in Crébillons Tragödie „Rhadamistus und Zenobia“: „Es bringt Eisen hervor und Soldaten“.

Die Zeiten der Wunder sind vorüber, da Moses durch Berührung mit seinem Stabe einen lebendigen Quell aus dem toten Felsen sprudeln ließ. Wie sollten also aus einem armen und unfruchtbaren Lande die reichen Mittel für ein starkes Heer und gar, wenn es zu neuem Kriege kam, die dafür erforderlichen, ungeheuren außerordentlichen Kosten aufgebracht werden?

Nur eine geregelte Finanzverwaltung, die sorgsam haushielt und jährlich für den Fall der Not Ersparnisse zurücklegte, vermochte einigermaßen jene Schwierigkeit zu bewältigen. Das Verdienst ihrer Ordnung erkennt König Friedrich unumwunden seinem Vater zu, und er heischt von seinen Nachfolgern, daß sie an diesen Grundsätzen unverbrüchlich festhalten.

Um die Finanzen zu stärken, mußte das Wirtschaftsleben entwickelt und zur Blüte gebracht werden. Außer der Landwirtschaft kommen dafür Industrie und

Handel in Frage. Von der Industrie sagt er, nur sie sei imstande, die festen Einnahmen zu erhöhen. Daher sind die bereits bestehenden Manufakturen auf jede Weise und mit Staatsmitteln zu fördern, andere, die noch fehlen, einzuführen. Weit schlimmer war es um den Handel bestellt. Friedrich muß konstatieren, daß die wichtigsten Zweige bereits von den übrigen Mächten mit Beschlag belegt waren. Dennoch darf Preußen nicht müßiger Zuschauer bleiben, wenn es auch, schon wegen des Mangels einer Flotte, auf überseeischen Handel und auf Kolonien verzichten muß. Für sich selbst nimmt der König das Verdienst in Anspruch, diesen Wirtschaftszweig völlig neu geschaffen zu haben. Die Leitung des von ihm errichteten Handelsdepartements ruht ganz in seinen Händen.

So war die ganze Finanzverwaltung, das ganze Wirtschaftsleben in den Dienst der großen Aufgabe gestellt, dem Herrscher die Mittel an die Hand zu geben, um dem Staate selbst eine politische Machtstellung zu erwerben.

Dabei verhehlte sich der König keinen Augenblick, wie unsicher die Grundlage für das politische Machtgebäude war, das er errichten wollte. Er faßte also den Plan, den preußischen Staat zu „consolidieren“. Was er darunter verstand, erläuterte er im Testamente von 1752 dahin: Der Staat müsse so viele Provinzen besitzen, daß sie außer einem Staatschatz von 20 Millionen, der für den Krieg und Fälle der Not dienen soll, einen jährlichen Reiniüberschuß von 5 Millionen Talern ergäben, um aus ihnen die außerordentlichen Kosten eines Krieges bestreiten zu können. Friedrich veranschlagte diese Kosten 1752 auf jährlich 5 Millionen und 1768 nach den Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges auf jährlich mehr als das Doppelte. Den Jahresüberschuß berechnet er für 1752 mit allen außeretatmäßigen Einnahmen auf rund 3 Millionen, für 1768 auf noch nicht ganz 5 Millionen. Wie sollten diese Summen zur Kriegsführung ausreichen, zumal auf eine Anleihe von nur wenigen Millionen im eigenen Lande zu rechnen war? Da mußte der Staatschatz aushelfen, der 1752 auch erst 7 Millionen und, nachdem er im Frühjahr 1758 völlig aufgezehrt war, 1768 18½ Millionen zählte. So gelangte der König zu einem künstlichen System, mit dem er dieses Problem der finanziellen Rüstung und Kriegsführung zu lösen versuchte. Auch die Befegung Sachsens gehörte dazu. Doch die Darstellung dieses Systems würde zu weit führen.

Aus dem Ertrag der Provinzen sollten nicht nur die genannten jährlichen Überschüsse gewonnen, sondern auch ein Heer von 180 000 Mann unterhalten werden. Aber auch das Heer betrug 1752 noch nicht ganz 136 000 Mann und 1768 erst 154 000 Mann, die Friedrich durch Augmentationen um rund 10 000 Mann zu verstärken im Begriff stand. Um die für den Kriegsfall erforderliche Truppenzahl zur Verfügung zu haben, mußte er auch hier zu besonderen Ausfunftsmitteln greifen, die für die Infanterie in der Aushebung von Freitruppen, für die Kavallerie in Augmentationen bei Kriegsbeginn bestanden.

Man sieht: auf allen Seiten war die Decke zu kurz. Eine weite Kluft gähnte zwischen Friedrichs idealen Forderungen und den tatsächlich gegebenen Zuständen. Aber aus jenem Entwurf für die „Consolidierung“ Preußens, den er aufstellt, geht auch mit aller Deutlichkeit hervor, in welcher Richtung die Lösung des großen Problems für ihn lag. Das Endziel konnte nur die Vergrößerung des territorialen Umfangs des preußischen Staates sein. Nur sie war auch im-

stande, die Monarchie abzurunden und ihr damit die fehlende innere Geschlossenheit zu geben.

Schon frühzeitig hatte sich Friedrich mit diesem Problem und den Möglichkeiten seiner Lösung beschäftigt. Ein Zeugnis dafür bietet ein Schreiben aus den Küstriner Tagen, das der damals Neunzehnjährige an den Kammerjunker von Mazner gerichtet hat. Schon darin gibt er als Heilmittel „die fortschreitende Vergrößerung des preußischen Staates“ an. Mit festen Strichen zeichnet er, nach seinem Vergleiche wie Alexander von Eroberung zu Eroberung schreitend, das künftige Bild der Monarchie. Die Lande, deren Einverleibung er in Aussicht nimmt, sind Polnisch-Preußen, Schwedisch-Pommern, Mecklenburg und Jülich-Berg. Schon damals erklärte er, „daß Preußen sich bei seiner eigenartigen geographischen Lage in der politischen Notwendigkeit befände, die genannten Provinzen zu erwerben“.

Als der König an die Niederschrift des Politischen Testamentes von 1752 ging, hatte er seinerseits bereits Schlesien und Ostfriesland der Monarchie hinzugefügt. Wir werden sehen, daß diese Erfolge ihm noch keineswegs als ausreichend erscheinen.

Die Erörterungen, die er im Testament über die auswärtige Politik anstellt, zerfallen in zwei scharf getrennte Teile. In dem ersten behandelt er die reale Gegenwart: er gibt einen Überblick über die Lage Preußens und der europäischen Staatenwelt, bespricht das politische System Europas und im besonderen der preußischen Monarchie und stellt allgemeine politische Grundsätze und Richtlinien auf. In dem zweiten Teile tritt er dann nach seinem Ausdruck das Reich der „politischen Träume“. „In dem unendlichen Gesilde chimärischer Träume lustwandelnd“, entwirft er Zukunftsbilder von Europa, vor allem aber ein „Idealbild“ des preußischen Staates, das seinen Wünschen und Forderungen entspricht.

Die in den Jugendjahren schnell hingeworfene Skizze wird hier zum sorgfältig ausgeführten Gemälde. Systematisch scheidet er bei der für Preußen in Aussicht genommenen Vergrößerung zwischen legaler Erbschaft und den nach seinem Ausdruck „par droit de bienséance“ zu machenden Erwerbungen. Unter den Erbschaften erscheint auch hier wieder Mecklenburg. Zum ersten Male nennt er jetzt die fränkischen Markgraffschaften Ansbach und Baireuth Sekundogenituren, die nach dem Aussterben der dort regierenden Nebenlinien an die Krone Preußen zurückfallen werden. Hingegen sind die Ansprüche auf Jülich und Berg verschwunden, da der König anlässlich der Erwerbung Schlesiens auf sie zugunsten der Pfälzer verzichtet hat.

Ebenso begegnen wir bei den von ihm geplanten Eroberungen wieder den Landen Polnisch-Preußen und Schwedisch-Pommern. Doch hat sich die Liste um Kursachsen erweitert. In gleicher Weise waren es politische und militärische Erwägungen, die Friedrich bestimmten. Nachdem er während des Ersten Schlesienschen Krieges Seite an Seite mit den Sachsen gefochten hatte, waren sie darauf zur Gegenpartei übergegangen und, als der Feldzug in Böhmen 1744 unglücklich abließ, ihm in den Rücken gefallen. Im folgenden Jahre hatten sie im Bunde mit den Österreichern gegen ihn bei Hohenfriedberg gekämpft und im Spätherbst einen Überfall der preußischen Winterquartiere und der Mark Brandenburg geplant, dem Friedrich freilich überraschend zuvorkam. Die Kriegserfahrung hatte ihn also

die gefährliche Nachbarschaft der Sachsen kennen gelehrt. Dazu kam, daß die Kurmark ihren Angriffen gegenüber offen dalag. Aber noch wichtiger und entscheidend war der Umstand, daß Sachsen für den König die Operationsbasis im Kriege gegen Osterreich darstellte, daß er Sachsen besetzen mußte, um die böhmischen Pässe in seiner Hand zu haben, um aus dem Kurfürstentum Rekruten, Lebensmittel und Geld für die Durchführung des Kampfes gegen seinen „Hauptfeind“, den Wiener Hof, zu ziehen. Da endlich dieses Land das preußische Gebiet auf das vorteilhafteste abrundete, stand in den Augen Friedrichs die Notwendigkeit dieser Erwerbung unweigerlich fest.

Nicht zufrieden mit der Aufzählung der Lande, gibt er auch Mittel und Wege an, wie Sachsen, Polnisch-Preußen und Schwedisch-Pommern erworben werden könnten. Im Kriege mit Osterreich und Sachsen sollten Böhmen und Mähren erobert werden, beim Friedensschluß Böhmen an den sächsischen Kurfürsten fallen, der dafür sein Land an Preußen abtrat. Polnisch-Preußen sollte, sobald über eine neue Königswahl in Polen Wirren ausbrachen, nach Verständigung mit Rußland, dem Hauptgegner dieser Erwerbung, an Preußen gelangen. Schwedisch-Pommern endlich sollte der Preis der Unterstützung Schwedens in einem Kriege gegen Rußland werden.

In dem zweiten Testamente von 1768 sind die geplanten Neuerwerbungen abermals erweitert. Hier gedenkt Friedrich alter Erbsprüche an anhaltinische Fürstentümer und die hessischen Lande; doch fügt er sogleich hinzu, daß ihm der Eintritt des Erbfalls bei den ersteren zweifelhaft scheine. Bei der zweiten Gruppe der Erwerbungen nennt er noch Hamburg, dessen Einverleibung dem preußischen Handel zugute kommen würde. Im übrigen bleibt auch der Weg, wie Preußen in den Besitz dieser Lande gelangen soll, für den König derselbe wie in dem früheren Testamente. Nur in bezug auf Schwedisch-Pommern hat sich seine Ansicht geändert. Da Rußland, wie erwähnt, seit 1764 sein Bundesgenosse war, konnte er nicht mehr an Beteiligung bei einem Kampfe Schwedens gegen die Moskowiter denken. Er zieht nunmehr die Möglichkeit eines Kaufes oder der Eroberung im Kriege gegen Schweden selber in Betracht. Und da er ferner fürchtet, daß es bei dem Eintritt des Heimfalls der fränkischen Lande zu blutiger Auseinandersetzung mit Osterreich kommen könne, denkt er an deren Austausch gegen Mecklenburg oder gegen die Lausitz.

Ein festumrissenes Programm war aufgestellt. Da es sich — wenigstens in dem Testament von 1752 — in dem Kapitel der „politischen Träumereien“ findet, ließe sich einwenden, daß es sich vielleicht nur um lustige Spiegelbilder handelt. Dem widerspricht zunächst die Wiederholung der Forderungen in einer Abhandlung aus dem Jahre 1776, in der Friedrich den wesentlichen Inhalt der Testamente nochmals kurz zusammenfaßt. Dem widersprechen aber auch die bündigen Tatsachen. Schon im Juni 1756, als der russische Vormarsch drohte und der König daraufhin die Mobilmachung Ostpreußens anordnete, hat er in „Geheimer Instruction“ dem dortigen Heerführer die Weisung erteilt: wären die Russen völlig geschlagen und ein günstiger Frieden zu erlangen, solle er als Schadenersatz „auf die Possession von dem ganzen Antheil von Polnisch-Preußen antragen und insistiren“. Als sich dann im Spätherbst 1759 die allgemeine militärische Lage für Preußen und England so günstig gestaltete, daß er mit

baldigem Friedensschluß rechnete, hat der König eigenhändig ein Friedensprogramm entworfen, das fast alle der oben genannten Forderungen umfaßt. Da ist die Rede von der Erwerbung Sachsens, Polnisch-Preußens, vielleicht Mecklenburgs und einiger Reichsstädte; um diesen Preis ist er sogar zum Verzicht bereit auf Ostpreußen und die rheinischen Lande, die äußersten Grenzprovinzen der Monarchie. Doch das Projekt gedieh nicht über den ersten Entwurf hinaus. In den sechziger Jahren trat Friedrich vorübergehend dem Gedanken an Ankauf Schwedisch-Pommerns näher. Im Jahre 1772 erfolgte die Teilung Polens und damit die Erwerbung Westpreußens. Als dann im Anschluß daran der Plan eines Dreibundes der Teilungsmächte auftauchte, kam es zwischen Preußen und Osterreich zu einer Erörterung über zwischen ihnen bestehende Streitfragen. Damals brachte der König die Frage der fränkischen Erbschaft zur Sprache und wies dabei ebenso, wie in dem Testament von 1768, auf die Möglichkeit ihres Austausches gegen die Lausitz oder Mecklenburg hin. Und in der Tat sind während des Jahres 1778 Verhandlungen mit Kursachsen über den Austausch der fränkischen Lande gegen die Ober- und Niederlausitz gepflogen worden, die indessen an der Weigerung des Kurfürsten scheiterten.

Die Hauptrolle in den Vergrößerungsplänen des Königs spielt die Erwerbung Sachsens, die den Siegespreis im Kriege gegen Osterreich bilden soll. So kommt Friedrich immer wieder auf den Gedanken eines Kampfes mit diesem Hauptgegner zurück, sei es, daß er von der militärischen Rüstung und den Feldzugsplänen gegen Osterreich spricht, sei es, daß er die politischen Vorbedingungen erörtert, die das Signal für eine preußische Schilderhebung geben. Wir dürfen die Einzelheiten übergehen und uns auf die Feststellung beschränken, daß die Gunst der allgemeinen Umstände für ihn das entscheidende Moment bildet.

In diesem Zusammenhange müssen wir uns vergegenwärtigen, daß Friedrich als höchste Kunst des Staatsmannes bezeichnet, den günstigen Augenblick zu ergreifen. Er begründet es damit, daß dem Menschen die Voraussicht der künftigen Ereignisse ebenso versagt sei, wie eine Einwirkung auf diese. So hat der Staatsmann abzuwarten, bis die Stunde des Handelns gekommen ist.

Als Vorbedingung des Erfolges gilt für den König ferner die Kunst, das Geheimnis zu wahren. „Dissimulez vos desseins“ — „Breitet über eure Vergrößerungspläne tiefes Schweigen!“ so ruft er aus. Wer seine Karten zu früh aufdeckt, bringt seine Pläne zum Scheitern. Selbst ein Mißerfolg, meint er, schade nicht viel, wenn man nur seine Absichten geheim zu halten verstanden habe. Hingegen, erklärt er wörtlich, können „chimärische Entwürfe zur Wirklichkeit werden, wenn man sie nicht aus den Augen verliert, und wenn einige Generationen nacheinander, auf dasselbe Ziel losschreitend, Geschicklichkeit genug besitzen, ihre Absichten vor den neugierigen und scharfen Augen der europäischen Mächte gründlich zu verbergen“. „Zeit und Gelegenheit,“ ruft er ein andermal aus, „können einen Teil davon verwirklichen.“

Indem Friedrich von der „Zeit“, die zum Ziel führe, von „Generationen“ spricht, die unverwandt an diesem Ziele festhalten sollen, bezeichnet er das Programm der von ihm geforderten Erwerbungen nicht als eine Aufgabe, deren Lösung er sich selbst oder seinem nächsten Nachfolger stellt — sie wird vielmehr zur Aufgabe der kommenden Geschlechter, und seine Forderungen erlangen

gewissermaßen Ewigkeitsgehalt. Denn auch dieses charakteristische Merkmal unterscheidet Friedrichs Politische Testamente von denen aller seiner Vorgänger, daß diese sich allein an den unmittelbaren Thronerben wenden. So richtet auch noch sein Vater in seinem Vermächtnis das Wort immer nur an seinen „lieben Successor“, den er mahnend berät, beschwört, unter Umständen auch mit seinem Fluche bedroht. Friedrich dagegen spricht nur ganz allgemein von der „Nachwelt“, von denen, „die meinen Platz einnehmen werden“. In noch höherem Grade bevorzugt er, von allem Persönlichen absehend, die rein begriffliche Form und spricht schlechthin vom „Herrscher“ oder dem „König von Preußen“. Das heißt mit anderen Worten: ihm schwebt die ganze Reihe der Nachfolger vor Augen, die nahe und ferne Zukunft des Staates bis zur Erfüllung der großen Aufgabe, vor die er sie stellt.

Mit dieser Erkenntnis fällt auch der so häufig gegen den friderizianischen Staat erhobene Vorwurf in sich zusammen, als sei dessen Mechanismus allzu künstlich gewesen und die Staatsmaschine habe in Unordnung kommen müssen, als nicht mehr Friedrichs starke Hand ihren Gang geregelt habe. War es denn nicht ein Übergangstadium, in dem der preußische Staat sich befand? Er war „im Entstehen begriffen“, wie wir Friedrich schon sagen hörten, im Aufstieg zur Macht, aber noch war der Gipfel keineswegs erreicht. Daher erklärte der König im Testament von 1752 die „Consolidierung“ Preußens für notwendig und forderte ausdrücklich, das Schicksal des Staates müsse gesichert werden, „damit sein Wohl nicht von den guten oder schlechten Eigenschaften eines Einzelnen abhinge“. Mit klaren Worten hat er denn auch in der schon erwähnten Abhandlung von 1776 den Unterschied der kleinen und großen Staaten dahin gekennzeichnet: „Große Monarchien gehen trotz eingerissener Mißbräuche ihren Weg von selber und erhalten sich durch ihre eigene Schwerkraft und ihre innere Stärke. Kleine Staaten aber werden rasch zermalmt, sobald nicht alles bei ihnen Kraft, Nerv und Lebensfrische ist.“ War auch der friderizianische Staat noch ein künstliches Gebilde, der seine Leistungen durch Arbeit erzielte, die fast an Uberspannung der Kräfte grenzte, mit jeder Erwerbung, die Preußen machte, rückte er auf eine breitere Grundlage und damit immer mehr in sein natürliches Schwergewicht.

Noch ein zweiter Einwurf ist zu berühren. Dem heute lebenden Geschlechte, das im Zeitalter des nationalen Gedankens aufgewachsen ist, scheint Friedrich ohne Rücksicht auf nationales Empfinden zu schalten. Aber vergessen wir nicht, in wie geringem Maße dieses im 18. Jahrhundert lebendig war. Der preußische Staat war noch jung, zum Teil durch den Zufall der Erbschaft und Eroberung zusammengewürfelt; noch überwog vielfach der Sondergeist der Provinzen. Eine gemeinsame Tradition fehlte. Erzählt doch Friedrich im Testamente von 1752 selber, wie er sich im Verlaufe des Ersten Schlesischen Krieges bemüht habe, seine Untertanen mit nationaler Staatsgesinnung zu erfüllen. Versetzen wir uns aber in das Denken und Fühlen jener Zeit, so wird uns Friedrichs Ideenwelt in anderer und gerechterer Beleuchtung erscheinen. Wenn er daran dachte, die rheinischen Lande und Ostpreußen im Tausche fortzugeben, das kaum erworbene Ostfriesland zu verkaufen, so waren es Gründe der Staatsraison, die ihn bewegten; denn sein ganzes Trachten und Sinnen ging eben darauf aus, wie er Preußen groß und stark machen könne.

Nur ein Weg, sah er, konnte zum Ziele führen: die Vergrößerung und Abrundung der Monarchie. Er war kühn genug, ihn seinen Nachfolgern zu weisen und bereits die Grenzen des künftigen Staates zu ziehen. Gelangten seine stolzen Pläne alle zur Ausführung, dann erhob sich Preußen in Europa wie ein wuchtiger, massiver Block, fest in sich und auf seiner Kraft beruhend, trutzig und furchtgebietend. Dann mochte Preußen, wie Friedrich sehnd hoffte, „zu einer der bedeutendsten Mächte des Kontinents“ werden und auch „an Lebenskraft die ältesten Monarchien überdauern“. Dazu gehörten freilich, wie er als Vorbedingung hinzufügte, tatkräftige Herrscher, ein gut diszipliniertes Heer, geordnete Finanzen und eine Staatskunst, die günstige Gelegenheiten klug und geschickt auszunutzen verstand.

Kühn aber auch, wie Alexander, hieb der König mit dieser Lösung des Problems den gordischen Knoten in der Mitte durch. Was ihn dagegen von dem mazedonischen Helden unterscheidet, ist der bedeutsame Umstand, daß nicht die Leidenschaft und maßlose Eroberungslust ihn stachelten. Weit ausgreifend und doch mit zielbewußter Beschränkung legte er die Grenzen des neuen Reiches fest, das, wie wir nicht vergessen dürfen, nur deutsches Land umfassen sollte; denn auch Westpreußen war altes Ordensland. Ja, unter dem frischen Eindruck der überstandenen großen Gefahren des Siebenjährigen Krieges hat er im Testament von 1768 seine Nachfolger sogar vor übereilten, verhängnisvollen Entschlüssen eindringlich gewarnt, indem er als ersten Gesichtspunkt die Behauptung der Monarchie hinstellte und erst in zweiter Linie von ihrer Vergrößerung sprach.

Der unter schweren Mühen und Nöten gebaute Staat ist heute zusammengebrochen, aber, wie wir mit fester Zuversicht hoffen, nicht begraben. Friedrich spricht, das sind wir gewiß, auch zu den kommenden Geschlechtern.



Ursache und Wirkung

Von Ministerialdirektor z. D. Dr. Hans Meydenbauer



Die Händler rufen: Nur das freie Spiel der Kräfte kann uns wieder hochbringen, wem verdanken wir unsern Aufstieg? Nur der wagemutigen Arbeit unserer großen Kaufleute und Industriellen! Drum weg mit bürokratischer Engherzigkeit und Einschränkung. Der Ruf wird nicht schwächer, obwohl die letzten Monate des freien Handels durch das Loch im Westen seine Wichtigkeit doch etwas zweifelhaft gemacht haben. Das ist nicht böser Wille, auch nicht nur eine Verwechslung des eigenen Geldbeutels mit dem des Staates. Es spielt wenigstens bei den Gutgläubigen eine Verwechslung von Ursache und Wirkung hinein, die sich auf dem Gebiet der politischen Schlagworte öfter beobachten läßt.

Die demokratischen Parteien rufen: Nur Freiheit und Gleichheit der politischen Befugnisse wird die Kräfte frei machen, die aus unsrem Sammer wieder hinausführen. Wir müssen das demokratischste Volk der Welt werden, das Wahl-